

**Pflegekammer Nordrhein-Westfalen**  
Alte Landstraße 104, 40489 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen  
40002 Düsseldorf

Per E-Mail: [anhoerung@landtag.nrw.de](mailto:anhoerung@landtag.nrw.de)

**Ihr Kontakt: Sandra Postel**

Telefon: 0211- 8220890

E-Mail: [silke.thomas@pflegekammer-nrw.de](mailto:silke.thomas@pflegekammer-nrw.de)

**Datum 06.01.2025**

**Stellungnahme der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen zum Antrag der Fraktion FDP „Null Toleranz für Gewalt im Gesundheitswesen!“ Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/10531**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kuper,  
sehr geehrter Herr Vorsitzender Neumann,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, unsere fachliche Stellungnahme zum obigen genannten Antrag abgeben zu können.

Dem Thema Gewalt in der Pflege widmet sich die Pflegekammer Nordrhein-Westfalen in unterschiedlicher Weise unter anderem in Form einer eigenen Arbeitsgruppe, in der sich knapp 25 Personen aus verschiedensten Bereichen der Pflege aktiv zum Thema Gewalt in der Pflege einbringen. Aus unserer Sicht ist es unabdingbar, alle Betroffenen gegenüber dem Thema Gewalt zu sensibilisieren. Eine offene, betriebliche Kommunikationskultur ist unerlässlich, um Gewalterfahrungen zu enttabuisieren und eine systematische Ausarbeitung zu ermöglichen.

Hinsichtlich der strukturellen Rahmenbedingungen unterstützt die Pflegekammer Nordrhein-Westfalen die Forderung im Antrag, bauliche Maßnahmen zur Gewaltprävention in Krankenhäusern und Arztpraxen zu fördern. Dies sollte selbstverständlich auch für den gesamten Bereich der stationären Pflegeeinrichtungen mitgedacht werden. Die Pflegekammer Nordrhein-Westfalen spricht sich allerdings gegen Überwachungssysteme in pflegerischen Einrichtungen aus, um die Persönlichkeitsrechte von Patient\*innen / Bewohner\*innen / Kund\*innen nicht zu verletzen.

Neben der Verbesserung struktureller Rahmenbedingungen ist aus unserer Sicht die Stärkung der persönlichen Fähigkeiten der Beschäftigten ein weiterer wesentlicher Aspekt. Dazu gehört es, Beschäftigte zu den Themen Gewalt(-prävention), Stressbewältigung und Kommunikationskompetenz zu schulen. Daneben sind Kenntnisse von Deeskalationsmaßnahmen wichtig, die die unterschiedlichen Facetten von Gewalt thematisieren und alle Angestellten des Gesundheitswesens auch für unscheinbare, leise Gewaltformen sensibilisieren und die regelmäßig geübt oder thematisiert werden sollten. Geschulte Führungspersonen, die einen offenen Umgang mit dem Thema Gewalt in den Arbeitsstätten pflegen und vorleben, sind unabdingbar.

Die im Antrag gestellte Forderung nach einer Respektkampagne für Beschäftigte im Gesundheitswesen begrüßt die Pflegekammer Nordrhein-Westfalen. Hierdurch kann das Bewusstsein für die Bedeutung eines respektvollen Umgangs geschärft und potenziell aggressive Verhaltensweisen verringert werden.

Im Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Arztpraxen in das „Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie sonstigen dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeiten“ aufgenommen werden. Aus unserer Perspektive ist es notwendig, alle Settings mit Pflegebezug in diese Regelung einzubeziehen, da Pflegefachpersonen in verschiedenen Bereichen, wie etwa in stationären Langzeiteinrichtungen, Gewalt ausgesetzt sind.

Um ein sicheres und gewaltfreies Umfeld für Beschäftigte des Gesundheitswesens, aber auch für Patient\*innen / Bewohner\*innen / Kund\*innen zu schaffen, halten wir es für entscheidend, sowohl die persönlichen Kompetenzen der Beschäftigten durch gezielte Maßnahmen zu fördern als auch die strukturellen Rahmenbedingungen zu verbessern und zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen



Sandra Postel

Präsidentin